

Und ewig rollt der Yen Parteienfinanzierung durch die Wirtschaft in Japan

Verena Blechinger

Bis 1993 ließ sich die Beziehung zwischen Politik und Wirtschaft in Japan gut mit einem Dienstleistungsverhältnis vergleichen. Politiker, insbesondere Abgeordnete der langjährigen Regierungspartei LDP, setzten sich bei der Verwaltung für Anliegen von Großunternehmen und Wirtschaftsverbänden ein und erhielten im Gegenzug finanzielle Unterstützung. Die Parlamentarier der LDP nahmen somit Aufgaben wahr, die in anderen Demokratien westlicher Prägung zumeist von Lobbyisten übernommen werden. Während sich die Sozialdemokratische Partei (SDPJ) und die 1996 gegründete Demokratische Partei Japans auf finanzielle Unterstützung durch die Gewerkschaften stützen können, die Kommunistische Partei (KPJ) sich durch den Verkauf von Publikationen, insbesondere ihrer Parteizeitung, finanziert und die Partei für Saubere Politik (Komeito) von den Anhängern der buddhistischen Sekte Soka Gakkai unterhalten wird, ist die LDP traditionell auf Spenden aus der Wirtschaft angewiesen. Bei der Vermittlung solcher Gelder kam bisher dem größten japanischen Wirtschaftsdachverband Keidanren (Japan Federation of Economic Organizations) eine bedeutende Rolle zu.

Servicevertrag zwischen Politik und Wirtschaft

Seit der Gründung der LDP im Jahr 1955 bestimmte die Verbandsspitze jährlich die Summen, die die im Keidanren vertretenen Branchen an die Partei überweisen sollten. Die so an die LDP weitergeleiteten Beträge betrugen bis 1993 durchschnittlich etwa 7-8 Mrd. Yen pro Jahr, was ca. 40% des Parteibudgets ausmachte. Der Verband war somit der wichtigste Sponsor der LDP. Für den Keidanren bedeutete diese Verbindung die Möglichkeit zur Einflußnahme auf sachliche und personelle Entscheidungen in der Politik. Die Sprecher japanischer Großunternehmen verglichen die Zahlungen an die LDP daher auch häufig mit Versicherungsprämien oder Betriebskosten. Mit Ende des wirtschaftlichen Hochwachstums in den 70er Jahren verloren die Spenden des Keidanren jedoch gegenüber der direkten Unterstützung einzelner Abgeordneter durch Unternehmen

an Bedeutung. Insbesondere in den Bereichen Landwirtschaft, Bau, Transport, Sozialwesen und Telekommunikation hatten sich Abgeordnetengruppen herausgebildet, die über besondere politische Expertise und weitreichende Kontakte zur Bürokratie verfügten.

Umbruch im Jahr 1993

Mit der Zunahme der Finanzierung einzelner Politiker durch Unternehmen stieg die Anfälligkeit für Korruption. LDP-Abgeordnete, die ihre Wahlkreisorganisation in der Regel selbst finanzieren müssen, konnten anfallende Kosten nicht allein aus Abgeordnetenbezügen und Zuweisungen von Partei und Faktion decken. Sie waren in hohem Maße auf Spenden angewiesen. Diese Abhängigkeit führte zwangsläufig zu Konflikten mit dem politischen Mandat und kulminierte in einer Serie von Korruptionsskandalen, die 1993 zur Spaltung und Ablösung der LDP führte. In der Folge war das politische System Japans durch zahlreiche Parteigründungen und wechselnde Koalitionsregierungen geprägt. Die Situation hat sich zwar seit der Verabschiedung politischer Reformgesetze und der Rückkehr der LDP an die Regierung im Jahr 1994 wieder stabilisiert, die Diskussion über neue Wege in der Politikfinanzierung ging jedoch weiter.

Abkehr von der traditionellen Sponsorenrolle der Wirtschaft

Als Reaktion auf die Spaltung und den Machtverlust der LDP erklärte der Keidanren 1993 seine Praxis, politische Spenden zu vermitteln, für beendet. Politische Parteien sollten aus der Staatskasse sowie durch Spenden von Einzelpersonen finanziert werden, nicht jedoch von Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden. Auch andere Wirtschaftsverbände folgten diesem Beispiel. In einem politischen Klima, das von der Enthüllung immer neuer Korruptionsskandale geprägt war, ließ sich eine Fortsetzung politischer Spendenzahlungen vor den Aktionären und auch der Öffentlichkeit nicht mehr rechtfertigen. Angesichts zahlreicher Regierungsumbildungen und umfassender Veränderungen im Parteiensystem war es zudem schwer abzuschätzen, in welche Partei es sich zu investieren lohnte.

Verschlechterung des Verhältnisses zwischen LDP und Wirtschaft

Unter den Mitgliedern des Keidanren stieß diese Haltung nicht nur auf Zustimmung. Viele Firmenvertreter fürchteten, der Verband werde infolge der Einstellung des Politiksponsorings gegenüber den Gewerkschaften oder religiösen Gruppen an Einfluß zu verlieren. In der Tat mehrten sich die Anzeichen für eine Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Politik und Wirtschaft. Führende Vertreter des Keidanren gaben an, vor allem bei hochrangigen LDP-Parlamentariern nicht mehr im selben Maße Gehör zu finden wie früher.

Keidanren sucht neuen politischen Einfluß

Zur Wiedergewinnung seines Einflusses verfolgt der Keidanren derzeit eine Doppelstrategie. Zum einen ist der Verband bestrebt, sein Profil durch politische Initiativen zu schärfen und die finanzielle Zusammenarbeit mit den Parteien graduell durch inhaltliche Kooperation abzulösen. Ein Beispiel hierfür ist das vom Verband 1997 gegründete 21st Century Public Policy Institute, das u.a. wirtschaftspolitische Forschungsprojekte durchführt und die Ausschüsse des Keidanren berät. Auch eine im Juni 1996 eingeführte Vortragsreihe, bei der zweimal monatlich zumeist junge Abgeordnete vor Wirtschaftsvertretern zu politischen Themen sprechen, soll nicht nur als Kontaktbörse dienen, sondern auch den inhaltlichen Diskurs zwischen Politik und Wirtschaft fördern.

Zum anderen hat der Keidanren bereits 1995 eine Kommission für alternative Wege der Politikfinanzierung eingesetzt. Die neue Strategie ist es, die Wirtschaft zu mehr Einzelspenden an politische Parteien aufzurufen. Der Keidanren will nicht mehr länger als Sammelbecken für Spenden an die LDP dienen und lehnt auch das Politiksponsorings durch Unternehmen grundsätzlich ab. Angestrebt wird die Einrichtung eines „Political Action Committee“ (PAC) nach amerikanischem Vorbild, einer Kommission, die von Angestellten und Managern Gelder einwirbt, um diese gezielt zur Unterstützung ihrer Lobbyaktivitäten einzusetzen.

Die heutige Praxis der Politikfinanzierung

Für die LDP brachte die Einstellung der Spendenvermittlung durch den Keidanren herbe finanzielle Einbußen. Zwar überweisen zahlreiche Firmen und Wirtschaftsvereinigungen

nach wie vor Gelder an die Partei. Die Höhe dieser Summen ist jedoch kaum mit den vor 1993 gezahlten Beträgen vergleichbar. So sind die Unternehmensspenden an Parteien seit 1991 um über die Hälfte auf 17,8 Mrd. Yen im Jahr 1996 zurückgegangen. Die Spenden an die LDP, die 1991 noch 16,7 Mrd. Yen aus machten, betragen 1996 nur noch 5,7 Mrd. Yen. Dadurch reduzierte sich der Anteil von Spenden an den Gesamteinnahmen der Partei von 50% im Jahr 1991 auf 22% im Jahr 1996. Insbesondere die traditionellen Geldgeber der LDP aus den Wirtschaftsbereichen Bau und Immobilien, Handel, Pharmazie, Finanzen und Schiffsbau haben ihre Beiträge drastisch reduziert. Die meisten Spenden bezieht die LDP heute aus der Automobilindustrie. Die Einbußen versucht die Partei vor allem durch die Abhaltung von Fund Raising Parties und durch Kredite auszugleichen.

Zurückhaltung bei Unternehmen, aber kein Sinneswandel bei Politikern

Als Ursache für den Rückgang der Unternehmensspenden sind nicht nur die Empfehlungen des Keidanren zu sehen, sondern auch die seit 1995 geltenden neuen Bestimmungen, nach denen Parteien und Politiker die Herkunft jeder Spende über 50.000 Yen offenlegen müssen. Viele Firmen versuchen, die Publikation ihrer Beiträge zu vermeiden und kaufen lieber in regelmäßigen Abständen Eintrittskarten für Fund Raising Parties oder teilen ihre Zuwendungen zwischen der Parteizentrale und lokalen Parteiorganisationen auf.

Während sich auf Seiten der Wirtschaft die Haltung zu politischen Spenden deutlich gewandelt hat, ist bei den Abgeordneten der LDP kaum eine Veränderung zu spüren. Dies zeigt die Diskussion um den Entwurf eines Anti-Korruptionsgesetzes vom April 1998. Die Vorlage enthielt eine Klausel, die es Parlamentariern verbietet, sich bei der Verwaltung zugunsten bestimmter Interessengruppen einzusetzen und dafür Geld oder geldwerte Leistungen entgegenzunehmen. Besonders Abgeordnete der LDP beklagten, ein solches Gesetz würde ihre Existenzgrundlage als Politiker vernichten.

Ausblick

Im 1995 in Kraft getretenen Gesetz zur Reform der Politikfinanzierung ist für 1999 eine Grundsatzdebatte und abschließende Neuregelung des politischer Spendenwesens vorgesehen. Eines der angestrebten Ziele ist die Abschaffung von Zahlungen an einzelne

Politiker. Dagegen hat sich jedoch vor allem auf Seiten der LDP heftiger Widerstand erhoben, so daß nicht mit einer Umsetzung dieses Vorsatzes zu rechnen ist. Trotz der zahlreichen Bekundungen von Seiten japanischer Politiker, die engen Verbindungen zwischen Wirtschaft und politischen Parteien sowie einzelnen Abgeordneten entflechten zu wollen, macht vor allem die Haltung der LDP deutlich, daß an eine Abkehr von der alten Praxis der Parteispenden nicht gedacht wird. Auch auf Seiten des Keidanren scheint Interesse zu bestehen, in Zukunft wieder aktiver Politiksponsor zu betreiben. So machte im Juni 1998 der neue Präsident des Verbandes, Takashi Imai, der als Vorstandsvorsitzender von Nippon Steel aus einem besonders spendenwilligen Unternehmen kommt, mit der Aussage auf sich aufmerksam, es sei besser, Gelder über den Keidanren an die Parteien weiterzuleiten als Unternehmensspenden zu bezahlen. Auch wenn Imai dies kurze Zeit später nach heftiger öffentlicher Kritik zurücknahm, legen seine Äußerungen doch die Schlußfolgerung nahe, daß die politische Spendenpraxis in Japan wohl andere Formen annehmen, im Kern jedoch gleich bleiben wird.